

Gesammelte nichtveröffentlichte Leserbriefe zum Stuttgarter Prozess 4.11.2008

Stuttgarter Presse: Kein Interesse an der Meinung von Bürgern?

Die folgenden Leserbrief gingen der Bürgerinitiative z.K. zu.

Leserbrief zum Artikel: Kaum Erfolgchancen für Mobilfunkgegner, 05.11.08

Ob die Hochfrequente Strahlung schädlich ist, darüber macht sich die Richterin keine Gedanken. Schließlich ist der Grenzwert nicht erreicht. Friede Freude Eierkuchen? Mitnichten! Denn dass das Thema zumindest so weit erforscht ist, dass es durch Hochfrequente Strahlung z.B. zur Schädigung menschlicher Zellen, Geldrollenbildung der Blutkörperchen (Verklumpung) oder gar zu DNA Brüchen kommt, ist hinlänglich bekannt - wenn man es wissen will. Forschungsergebnisse gibt es genug. Nicht ohne Grund würde sich z.B. der BUND mit einem eindeutigen Statement für eine drastische Reduzierung der Grenzwerte um das 10 Millionenfache einsetzen. Darüber findet sich aber nirgends in der Presse ein Hinweis! Die Macht der Lobbyisten ist nicht zu übersehen. Ich protestiere weiter für die Aufklärung und Reduzierung des exorbitanten Grenzwertes!
U.S., Stuttgart

Leserbrief zu Ihrem Artikel

„Kaum Erfolgchancen für Mobilfunkgegner“, 5.11.2008

Mobilfunkprozess: Paragraphen und die Wirklichkeit.

Die Klage unseres Nachbarn gegen den Mobilfunkmasten Bismarckstraße 57, die er aus Sorge um die Gesundheit erhob, wurde vom Verwaltungsgericht Stuttgart abgewiesen, auch weil die Grenzwerte für Mobilfunkstrahlung eingehalten werden. Wie lange wird noch so an der Realität vorbei Recht gesprochen?

Vor 2 Monaten rief das Europäische Parlament mit 516:22 Stimmen die Regierungen zum Umsteuern in der Mobilfunkpolitik auf. Die Strahlenbelastung habe gesundheitsgefährdende Ausmaße erreicht, die Grenzwerte würden dem nicht mehr gerecht.

Eine Woche vor diesem Prozess, am 29.10.2008, stellte der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) in Berlin seine Position zum Mobilfunk vor. Er lehnt diese gesundheitsschädigende Technik ab, fordert den sofortigen Ausbaustopp und die Senkung der Grenzwerte um das Zehnmillionenfache (!!) auf $1 \mu\text{Watt}/\text{m}^2$. Da liegen wir nicht nur im Stuttgarter Westen um das Mehrtausendfache drüber.

Einen Tag nach diesem Prozess veröffentlicht das offizielle www.emf-portal.de der Bundes- und Landesregierung drei Forschungen, die wiederum bestätigen, dass sich unter dem Einfluss dieser Strahlung die Blut-Hirn-Schranke öffnen kann (Eberhard et al.), dass Zellmembranen beeinflusst werden (Nittby et al.), dass Krebserkrankungen beschleunigt werden können (Belyaev et al.). Diese Berichte kann jedermann dort abrufen.

Und dann sitzt man im Gerichtssaal, wo diese Realitäten keine Rolle spielen. Diese Rechtsprechung basiert auf einer absurden Regelung: die Grenzwerte der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung von 1996 schützen nur vor der kurzfristigen Wärmegefahr durch die elektromagnetischen Felder des Mobilfunks. Das wäre so, als würde man die Wirkung radioaktiver Strahlung mit dem Thermometer statt dem Geigerzähler messen. Diese Erwärmung stellt aber in der Regel keinerlei Gefahr dar. Die Richterin stellte fest, dass sich das Gericht mit Gesundheitsgefährdungen von biologischen, nicht-thermischen Strahlenschäden nicht befassen muss. Auch nicht mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Dazu müsste erst diese Verordnung von 1996 geändert werden. Die bestehende Verordnung ist somit ein juristisches Schutzschild für den Antennenausbau.

Bei dieser Rechtsauffassung des Verwaltungsgerichts können sich die Mobilfunkbetreiber beruhigt zurücklehnen. Die Stadt Stuttgart kann ihre Untätigkeit damit rechtfertigen. Der Prozess ist keine Niederlage für die Mobilfunkgegner, sondern für die Glaubwürdigkeit der Justiz und der Politik. Wie lange braucht es, bis die Verantwortlichen tatsächlich Verantwortung übernehmen und die Menschen schützen statt die Geschäftemacherei?

Peter Hensinger

Sprecher der Mobilfunkbürgerinitiative Stuttgart West

Sehr geehrte Damen und Herren,
es ist bitter wie die Justiz berechnete und von den Richtern als Menschen während des Verfahrens anerkannte Klagen von Bürgern ablehnen muss, weil sie mit einem "verbogenen" Recht arbeiten muss.

Die Betreiber der Sendeanlage haben mehrfach fehlerhafte Unterlagen eingereicht, die eine Errichtung eigentlich verboten hätten, man hat aber gebaut und im Nachhinein so lange nachgebogen, bis es irgendwie gepasst hat. Dass bis dahin für alle Anderen gültiges Baurecht auf Druck der Mobilfunklobby für Sendeanlagen ausgehebelt wurde, ist wohl schlicht Pech für die Betroffenen.

Man darf ohne den Nachbarn zu fragen keine Garage bauen, zumal dann ja Verkehr und Krach und Gestank erzeugt werden, aber eine Mobilfunkanlage bauen darf man ohne Weiteres. Ohne irgendwen zu fragen. Auch wenn die davon ausgehenden Gefahren groß sind. Man riecht und hört ja nichts. Und wenn die Betreiber im Sinne ihrer Profitinteressen behaupten, dass es nicht schade, glaubt man lieber das und ändert das Baurecht, als sich durch hunderte medizinischer Studien zu kämpfen und zu dem Ergebnis zu kommen, zu dem das Europaparlament, der BUND oder führende Wissenschaftler (BioInitiative-Report) kommen: Mobilfunk ist gefährlich und die Belastung gehört dringend eingedämmt.

Ein für den Schutz der Gesundheit der Bürger wirksames Recht wäre ein Anfang, dann wären die Richter hier auch aus der Zwickmühle, zwischen Recht und Gerechtigkeit unterscheiden zu müssen. Stattdessen schützt das Recht immer mehr den enormen Profit der Mobilfunkbetreiber. Bitter.

Mit freundlichen Grüßen
B.S., Stuttgart

Leserbrief zu dem
Artikel von S.Jansen: „Kaum Erfolgchancen für Mobilfunkgegner“
vom 05.11.2008

Die Argumentation der Richterin, man könne nicht von einer „Belästigung“ ausgehen, da man die Strahlung weder riechen noch schmecken noch hören könne, offenbart die ganze Hilflosigkeit der Justiz angesichts der Frage einer ernsthaften Gefährdung der menschlichen Gesundheit durch Mobilfunkstrahlung.

Und der Verweis auf staatlich festgelegte und eingehaltene Grenzwerte ist zynisch, bedenkt man die Verstrickung des Staates durch die Einnahme von 50 Milliarden Euro für UMTS-Lizenzen und seine Eigeninteressen als Großaktionär der Telekom.

R.F., Stuttgart

Leserbrief

zu Ihrer Berichterstattung über den Mobilfunkprozess vor dem Verwaltungsgericht, 5.11.2008

Die Verordnungs- und Gesetzeslage beim Mobilfunk zwingt den Bürger, die kleinsten Lücken und Fehler zu suchen, um eine Chance zu haben, sich gegen die großen Wirtschaftsinteressen zu behaupten.

Im Mobilfunkprozess vor dem Verwaltungsgericht, bei dem ich anwesend war, wies der Kläger Uli A. akribisch nach, dass nahezu alle Anträge und Standortbescheinigungen für den Mobilfunkmast in der Bismarckstraße rechtswidrig waren. Trotzdem wurde er gebaut, weil kurzerhand die Landesbauordnung für die Bedürfnisse der Mobilfunkbetreiber geändert wurde und nachträglich auch die Standortbescheinigungen. Uli A. wies nach, dass der Sicherheitsabstand zum Nachbarhaus von 12,60m um 30cm unterschritten wird. Das Gericht interpretierte diesen Verstoß gegen die Vorschriften nicht zugunsten des Klägers sondern zugunsten der Betreiber und tat ihn als unbedeutend ab.

Die Richterin konstatierte, dass zum anderen Nebenhaus der Abstand noch geringer sei, aber das spiele keine Rolle, weil kein Kläger da sei. Wofür gilt dann der zentimetergenau festgelegte Sicherheitsabstand? Hätte man bei dieser Sachlage nicht im Sinne des Klägers Uli A. entscheiden können?

Für das Gericht war auch der 200m Sicherheitsabstand zu Kindergärten und Schulen kein Thema, den die Stadt einmal festlegte und dem die Mobilfunkbetreiber in einer freiwilligen Selbstverpflichtung bundesweit zustimmten. In unmittelbarer Nähe zum Mast gibt es zwei Kindergärten. Die Kinder werden auch in den Wohnungen ringsum bestrahlt.

Welche Rolle spielen für Gerichte eigentlich die bestrahlten Menschen? Wie steht die evangelische Kirche Stuttgart dazu, auf deren Haus der Handymast steht?

D.H., Stuttgart

Leserzuschrift

zu Ihrem heutigem Beitrag „**Kläger gegen Mobilfunkmasten chancenlos**“
- Seite 19 -

Es ist erschütternd welcher Wertigkeit der Gesundheit und Vorsorge „dank“ gnadenlosen Interessen der Mobilfunkkonzerne noch „zugelassen“ werden.

Und ganz anders, sehr wohl in einem wirtschaftlich aufstrebenden Land, wie so jüngste Meldungen aus Taiwan berichten:

Dort: 1100 Mobilfunkantennen **müssen** auf Veranlassung der Strahlenschutzbehörden abgebaut werden. Und hier ?

Nun ist weltweit belegt, daß die gepulste Mobilfunkstrahlung einen erheblich störenden Einfluß auf Mensch und Tier hat. Nicht umsonst hat die von der EU getragene, finanzierte EU-Umweltagentur aufgrund weltweiter Studien und Forschung im Sept. 2007 öffentlich Alarm geschlagen ! S.

Medienberichte wie FAZ v25.09.2007 - EU-Umweltagentur schlägt Strahlenalarm, weist auf gesundheitliche Risiken hin.

Längst scheint vergessen zu werden, was der Deutsche Ärztetag schon vor Jahren öffentlich forderte. Auch was der Deutsche Städtetag infolge von Empfehlungen des Bundesamtes f. Strahlenschutz weiterempfiehlt: Nämlich Funkantennen nicht in Wohngebieten, nahe Kindergärten, Krankenhäusern aufstellen. Doch die allmächtige Mobilfunkindustrie unterdrückt mit ihrer geldgetränkten Publikationswalze und Profitgier - jede Vernunft, die sich ihren materiellen Interessen entgegenstellt. Und viele unbedarfte Menschen fallen zwangsläufig darauf herein. Es geht hier ums Maßhalten, denn die Technik funktioniert auch, wie man in Österreich und Rußland belegt hat auch mit erheblich geringerer Mast- und Strhalungsdichte. Andere Länder in der EU haben so auch teils erheblich geringere Grenzwerte festgelegt, die ohnehin nur die thermische Seite - nicht jedoch die athermischen und gesundheitsbeeinflußten Seite ausdrückt.

G.G., Kreisrat, Fellbach

als geborener stuttgarter lebe ich berufsbedingt seit 15 jahren im allgäu. den o.g. artikel habe ich durch zufall auf besuch bei meiner mutter gelesen. hierzu mein kommentar

zur stadt

gerade eine großstadt wie stuttgart, sollte ein mobilfunkkonzept im rahmen der vorsorge und zur immissionsminimierung für ihre bevölkerung erstellen. dazu hat sie das recht und eigentlich auch die pflicht in ihrer bauleitplanung.

- welcher empfang ist da, was wird überhaupt gebraucht und mit welchen werten wird gearbeitet
- die grundversorgung in großstädten ist lange erreicht, der weiter ausbau dient nur überkapazitäten und umts technik, die übrighends keiner will.

zur kirche

- ich rate den nachbarn auszutreten, wenn nicht schon geschehen. offensichtlich verdienen die kirchen ihr geld jetzt anderweitig, dann brauchen sie ja keine steuern mehr.

zur richterin

- es gibt genügend dinge die keinen lärm und keinen geruch verursachen - aber trotzdem schädlich sind und krank machen.

- vor entscheidungen sollte sie sich mal genauer informieren z.b. bei der europäischen umwelt agentur die dringend rät die bestehenden grenzwerte zureduzieren und die zu hohen deutschen werte an den pranger stellt

- wie und durch wen die 26.BimSchV zustande gekommen ist.

zur 26.BimSchV

- warum sind die deutschen grenzwerte 5 millionen fach höher wie z.b. die russischen?

- warum haben die netzbetreiber bzw. die industrie ihre grenzwerte selber festgelegt?

- die grenzwerte wurde anhand der erwärmung des gewebes an leichen festgelegt!

- die 26.BimSchV enthält keine vorsorgekomponente für langzeitexposition!

zum staat und umts

- die bundesregierung hat die umts lizenzen für damals 100 milliarden dmark versteigert.

- der ausbau der netze wird von oberster stelle gedeckt und forsiert

"eine krähe hackt der anderen kein auge aus!!"

vertreter von vodafone

- wenn alles so wunderbar ist, kann er dann erklären warum seine firma keine haftpflichtversicherung für ihr produkt nachweisen kann, sondern nur mit dem einlagenkapital einer gmbh und co kg haftet, also

25.000,00 €

- warum haben sich in der ärzteinitiative allgäu bodensee oberschwaben mehr als 360 ärzte gegen diese technik ausgesprochen und warnen eindringlich davor. (alles spinner?!)

zu den krankenhäusern

- klar daß die masten aufstellen, bei einer steigerung des hirntumorrisikos zwischen 20 - 200 % nach 10 jahren handybenutzung (europäische umweltagentur) und steigerung der kinderleukämieraten in der nähe von sendern ist das das beste und billigste mittel um neue kundschaft zu bekommen.

warum werden wohl, in frankreich bereits zahlreiche masten mit gms und umts technik in der nähe von kindergärten und schulen wieder abgebaut, eben weil die kinderleukämierate überproportional in die höhe ging.

obiges kann man alles schön im internet nachlesen (selbstverständlich ohne wlan) ist nämlich der gleiche mist.

DIE WISSENSCHAFT VON HEUTE ---- IST DER IRRTUM VON MORGEN

grüße nach stuttgart aus dem allgäu

H.G., Allgäu

Leserbrief zur Stuttgarter Zeitung, 05.11.2008

Artikel von S.Jansen: „Kaum Erfolgchancen für Mobilfunkgegner“

„Wirksamer Schutz vor den Wirkungen elektromagnetischer Felder ist derzeit nicht *mit* dem Staat, sondern nur *gegen* seine Vorstellungen von Gesundheits- und Umweltschutz zu verwirklichen“ Prof. Dr. phil. Karl Richter

(im Heft 3 der Wissenschaftervereinigung Kompetenzinitiative e.V.: „Wie empfindlich reagieren die Gene auf Mobilfunkstrahlung? – Stand der Forschung – Entwarnung und Intrigen“, Nov. '08)

In der betriebenen Politik des Mobil- und Kommunikationsfunks maßt sich eine fragwürdige Allianz aus Regierungsmacht, Kapitalmacht und instrumentalisierten ´Experten` mit beispielloser Arroganz das Recht an, nach ökonomischen Bedürfnissen festlegen zu dürfen, was ´wahr` ist und was ein Mensch aushalten muss. Sie stilisiert Lügen zur Gesellschaftlichen Aufklärung und Unrecht zu rechtsstaatlicher Technik-Versorgung, fahrlässige Gefährdung und Schädigung zu staatlichem ´Strahlenschutz`. Aber Sie schränkt dabei auch immer konsequenter Gewaltenteilung ein, die für jede funktionierende Demokratie konstitutiv ist. Die Infiltrierung des Kapital und der damit einhergehende Abbau von Unabhängigkeit der Politik, Wissenschaft, aber auch Medien und Justiz gegenüber der Industrie und Ihren Bedürfnissen haben der Gesellschaft eine neuartige Gleichschaltung im Zeichen kommerzieller Interessen beschert. Sie haben ein Trennung von Politik und Moral, Wahrheit und Verantwort herbeigeführt, in der der Machiavellismus versunkener Jahrhunderte unter ökonomischem Vorzeichen wieder auferstanden ist.

Was dabei rausgekommen ist, ist Raubtierkapitalismus in Reinkultur, der die Profite mit der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Ausbeutung der Betroffenen erkaufte. Er hat aus Bürgern, die

das eigentliche Subjekt der Demokratie sein sollten, ein Objekt kommerzieller Interessen gemacht. Die Betroffenen erleben die Demokratie nicht mehr als Herrschaft des Volkes, sondern als Diktatur der Industrie – ausgeübt mit staatlicher Beihilfe.

Zur materiellen Korruption hat sich eine mentale, eine geistig-moralische Korruption hinzugesellt, deren Auswirkungen nicht nur in diesem besonderen Fall, der ungebremsten elektromagnetischen Durchseuchung unserer Lebenswelt, die negativen Folgen der Bekannten bei weitem übertreffen wird. Sie beeinträchtigt das Niveau der Gesundheitsvorsorge, die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft und im größten Maße auch die politische Kultur der Gegenwart.

J.G., Herrenberg
